

„So schlimm wie in den letzten 13 Jahren nicht mehr“

Zur Debatte der Abschiebungen nach Afghanistan

Wir dokumentieren hier das Gespräch von Dieter Kassel mit Reinhard Erös, das am 27.10.2015 auf Deutschlandradio Kultur veröffentlicht wurde.

Deutschland plant, afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzuschicken. Das stößt auf heftige Kritik bei Afghanistan-Experten wie dem Entwicklungshelfer und ehemaligen Oberstabsarzt der Bundeswehr Reinhard Erös. Die Situation im Land sei heute weitaus schlimmer als während der NATO-Einsätze.

Dieter Kassel: Flüchtlinge aus Afghanistan gehören nicht zu denen, deren Asylanträge in aller Regel in Deutschland erfolgreich sind. In immerhin gut der Hälfte der Fälle wurden ihre Anträge bisher negativ beschieden. Zurückgeschickt wurden trotzdem nur wenige, und genau das will die Bundesregierung nun ändern.

Ein Abkommen der EU mit der Regierung in Kabul soll dafür sorgen, dass Afghanen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, möglichst schnell in ihre Heimat zurückkehren. Ist das organisatorisch überhaupt machbar? Und ist es zumutbar? Das fragen wir jetzt Reinhard Erös, er hat zusammen mit seiner Frau vor 17 Jahren die Kinderhilfe Afghanistan gegründet, kennengelernt hat er das Land aber schon vorher in den 80er-Jahren bei verschiedenen Einsätzen als Arzt, und seitdem lässt dieses Land ihn und eigentlich seine ganze Familie nicht mehr los. Schönen guten Morgen, Herr Erös!

Reinhard Erös: Guten Morgen nach Berlin!

Kassel: Voraussetzung für eine Rücksendung von Afghanen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, ist ja, wie erwähnt, ein Abkommen mit der Regierung in Kabul. Gehen Sie denn davon

aus, dass man in Kabul ein Interesse an so einem Abkommen hat?

Erös: Davon gehe ich aus. Denn die Äußerungen der Spitzenpolitiker Afghanistans, der letzte Präsident Karzai hat sich geäußert und der neue, Ghani und auch sein Stellvertreter Abdullah Abdullah haben sich dazu klar geäußert, dass sie es nicht gut finden, dass vor allen Dingen junge Männer ihr Heimatland Afghanistan verlassen, nach Europa fliehen, statt im Land zu bleiben und mit zu helfen, das Land wieder aufzubauen.

Also, von Seiten der Verantwortlichen in der Regierung in Kabul erwarte ich da keine erheblichen Widerstände. Selbstverständlich - davon kann man in Afghanistan wie in vielen vergleichbaren Ländern ausgehen - wird man da natürlich gewisse Forderungen haben, Geldforderungen, Fortsetzung der Entwicklungshilfe, Fortsetzung des Verbleibs der Bundeswehr und so weiter. Aber ich kann mir vorstellen, dass man diese dann gerne hier in Kauf nimmt.

Kassel: Von wie vielen reden wir, die, wenn es ein solches Abkommen gäbe, prinzipiell zurückgeschickt werden müssten?

Erös: Wir haben Zahlen der Afghanen, die jetzt schon im Land Deutschland sind, oder es soll ja ein EU-Abkommen sein, also die sich in Europa befinden, und dort sind ja nun weitere Zehntausende vermutlich auf dem Weg hierher. Der deutsche Entwicklungsminister Müller sprach vor wenigen Wochen den bemerkenswerten Satz, in Afghanistan sitzen Millionen junger Männer auf gepackten Koffern, um eben nach Europa zu kommen.

Also wenn das Abkommen dann in die Realität umgesetzt wird, also die Rückführung dann stattfindet, dass wir sicher von ein bis zwei, zweihundertfünfzigtausend Afghanen ausgehen können, die es dann betrifft bzw. ungefähr 100.000 die abgelehnt werden und zurückgeführt werden müssten.

„Eine der bestintegrierten Migrantepopulationen“

Kassel: Wie soll denn das allein schon logistisch funktionieren?

Erös: Nun ja, die müssen ja mit den Flugzeugen nach Afghanistan zurückgebracht werden, man kann sie ja nicht irgendwie in einen Bus stecken, das ist undenkbar, oder auch in die Eisenbahn, dort gibt es gar keine Eisenbahn, in Afghanistan muss man durch mehrere Länder durch. Also, es geht wohl nur mit Lufttransport. Aber wenn das dann so wäre, dass man Flugzeuge der Bundeswehr nimmt, da müssen wir mal gucken, was haben wir da für welche, wie viel haben wir, wie viel passen da rein, und welchen Zeitaufwand – vom Geld reden wir mal gar nicht – würde das in Anspruch nehmen.

Also, als Flugzeuge kämen zum Beispiel infrage – denn davon haben wir ein paar

Wenn das Abkommen dann in die Realität umgesetzt wird, dann betrifft es ungefähr 100.000 Personen, die abgelehnt werden und zurückgeführt werden müssten.

Dutzend – die C-160 Transall, das ist ein Transportflugzeug der Bundeswehr, das kann auch überall landen, da kann man direkt auch Kabul anfliegen zum Beispiel. In dieses Flugzeug passen an Personen, wenn die kein Gepäck oder ganz wenig Gepäck nur dabei hätten, etwa 90 Personen rein. Wenn sie dann schweres Gepäck dabei haben, man muss ja ... Das, was sie hier in Deutschland haben, kann man ihnen ja nicht wegnehmen, das dürfen sie ja wieder mitnehmen, oder was sie eingekauft haben, dürfen sie mitnehmen, dann gehen wir von ungefähr 60 Personen aus.

Wenn wir 100.000 haben – und die Bundeswehr hat 51 dieser Flugzeuge –, dann ist das ein Dreisatz eigentlich, mathematischer Dreisatz, um auszurechnen, wie viele Monate dann diese Flugzeuge pausenlos unterwegs sein müssten, wie viele Monate, um diese 100.000 nach Afghanistan zurückzubringen. Also, ich würde es mal etwas zynisch formulieren: Eine flüchtige Herausforderung der besonderen Art!

Kassel: Wie verhält es sich denn mit den Menschen aus Afghanistan, die geduldet oder wie auch immer, aber ohne einen bewilligten Asylantrag hier

Afghanistan aus Sicht des Auswärtigen Amtes

Am 6. November 2015 hat das Auswärtige Amt seinen Lagebericht Afghanistan fertiggestellt. Nach dem, was man über dieses Dokument hört, gibt es einigen Anlass über die Menschenrechtslage und das Ausmaß der Rückkehrgefährdungen besorgt zu sein.

Die afghanische Regierung sei nicht effektiv in der Lage, die Bevölkerung zu schützen. Aufständische Gruppen, wie u. a. die Taliban, würden staatliche Stellen überall im Land angreifen und dabei regelmäßig zivile Opfer billigend in Kauf nehmen – im ersten Halbjahr allein über 1.500 Tote und mehr als 3.300 Verletzte. Neben Autoritäten und Sicherheitskräften gerieten insbesondere Schulen, Lehrer und Schüler ins Fadenkreuz der Täter. Um die Menschenrechte sei es sehr schlecht bestellt. Sie erführen willkürliche Auslegungen oder Missachtungen durch Amtsträger und Richter. Das Justizsystem wäre ohnehin dysfunktional und würde allzu oft durch tradi-

tionelle Rechtspraktiken unterlaufen. Misshandlung und Folter gehörten zum Standard staatlichen Gewahrsams. Aber landesweit habe auch die konservativ-patriarchale Landbevölkerung nichts mit der Beachtung der Menschenrechte am Hut. Wer sich individuelle Freiheiten nimmt, riskiert Steinigung und Lynchjustiz – die Täter bleiben regelmäßig straffrei. Insbesondere die Rechte von Frauen und Mädchen würden so regelmäßig und massiv missachtet. Alle drei Gewalten seien regelmäßig nicht gewillt, Frauenrechte zu schützen. Zwangsheirat von minderjährigen Mädchen, Zwangsrekrutierung von Kindern, systematischer sexueller Missbrauch inklusive darauffolgender Ermordung von 10 bis 18-jährigen Jungen seien landesweit üblich und erführen kaum bis keine Sanktionierung. Insbesondere Straßenkinder seien jeglicher Form von Missbrauch und Zwang ausgesetzt. Darüber hinaus sei die humanitäre Situation äußerst prekär. Das verstärke sich durch dynamische Binnenfluchtzunahme in Folge erfolgreicher militärischer Aktivitäten der Taliban. Ohne familiäre Strukturen, an die sie andocken könnten, seien RückkehrerInnen in Afghanistan integrations- und damit wohl überlebenschancenlos.

Martin Link

Also, es sind eigentlich die bestintegrierten oder eine der bestintegrierten Migrantpopulationen, die wir in Deutschland haben.

leben? Sind die im Allgemeinen halbwegs vernünftig integriert?

Erös: In den 80er-Jahren kamen etwa 100.000 Afghanen nach Deutschland, während des sowjetisch-afghanischen Krieges. Diese 100.000, die sind ganz gut – ich sage es nur so – soziologisch ausgewertet worden. Von diesen 100.000 Afghanen, die seit den 80er-Jahren hier ... Deren Kinder gehen zu 31 Prozent auf die Oberschule und machen zu 31 Prozent Abitur.

In Bayern hier, dort gehen zurzeit 28 Prozent der Kinder auf ein Gymnasium und machen Abitur. Unter den Migranten in Deutschland stellen die Afghanen, was Hartz-IV-Empfänger angeht – also auch ein, wenn man so will, Hinweis auf Integration oder auf Nicht-Integration –, stellen die Hartz-IV-Empfänger das Schlusslicht. Das heißt, die Afghanen sind fast alle in Arbeit. Und was die so genannte Ausländerkriminalitätsstatistik angeht, stehen die Afghanen, die in Deutschland sind, als Schlusslicht da.

Also, es sind eigentlich die bestintegrierten oder eine der bestintegrierten Migrantpopulationen, die wir in Deutschland haben. Ein weiteres Fragezeichen: Warum sollen wir dann ausgerechnet diejenigen nach Hause schicken? Denn die jetzt zu uns kommen, die neuen Flüchtlinge seit drei, vier, fünf Jahren oder vor allen Dingen den letzten Monaten, das sind ja nicht irgendwie Verbrecher oder Taliban, die wir dann möglichst schnell loswerden wollen und die Afghanistan entsprechend zurücknehmen müsste, das sind aktive, hoch motivierte vor allen Dingen junge Männer, die ihr Schicksal im eigenen Land mit einer

Perspektivlosigkeit betrachten, zu Recht betrachten.

Die Situation in Afghanistan ist jetzt im Moment so schlimm wie die letzten 13 Jahre nicht mehr in fast allen Bereichen. Und die wollen wir jetzt zurückschicken, und das Ganze drei Wochen nach dem Luftschlag in Kundus. Sie wissen, dort hat ein amerikanisches Kampfflugzeug ein ziviles Lazarett der Ärzte ohne Grenzen bombardiert, da kamen 20 Afghanen ums Leben. Interessant ist, der Gouverneur – also der Ministerpräsident, würde man in Deutschland sagen – der Provinz Kundus, also wo dieser Schlag der amerikanischen Luftwaffe geschah – übrigens ein Kriegsverbrechen, wie wir es seit 1949 in der Form noch nicht erlebt haben, also das bewusste Bombardieren eines zivilen Krankenhauses, noch dazu durch die Luftwaffe eines Friedensnobelpreisträgers Obama auf ein Krankenhaus eines ebenfalls Nobelpreisträgers, Ärzte ohne Grenzen, also, das wird in die Geschichte eingehen, sage ich mal ganz zynisch –, der Gouverneur dieser Provinz hat in einem Interview vor wenigen Tagen erst einem deutschen Magazin gesagt: Wenn sich das jetzt beruhigt hat, werde ich ebenfalls mich auf den Weg nach Deutschland machen. Das zeigt so ein bisschen, wie in Afghanistan nicht nur die Stimmung, sondern die objektive Lage ist, die es für viele dort notwendig macht, ihr Land zu verlassen.

Kassel: Die Frage, ob Afghanistan ein sicheres Land ist, die kann man klar mit „nein, ist es nicht“ beantworten. Aber das ist ja nicht die gleiche Frage wie die, die sich juristisch stellt, nämlich: Ist es ein sicheres Herkunftsland?

Erös: Ich weiß nur eins, in Afghanistan kamen in den letzten Monaten mehr Zivilisten ums Leben als in den vergangenen 14 Jahren. In Afghanistan kamen doppelt so viel Polizisten in den letzten Monaten seit Jahresbeginn ums Leben als alle 14 Jahre vorher. Das heißt, die Sicherheitslage in Afghanistan im Jahr 2015 ist schlimmer als in all den Jahren, in denen die NATO – also ISAF, die Bundeswehr ist auch dabei – dort tätig war und für Sicherheit sorgen sollte. Und ausgerechnet jetzt entscheidet man in Deutschland de facto zumindest, das Land scheint doch nicht so unsicher zu sein, also, man kann die Leute wieder zurückschicken, die bis vor wenigen Tagen noch oder bis heute eigentlich noch Abschiebestopp aus den gleichen Gründen unterlagen.

Kassel: Reinhard Erös, Gründer und Leiter der Kinderhilfe Afghanistan und seit vielen Jahren mit seiner ganzen Familie in Afghanistan engagiert, über die Pläne der Bundesregierung, deutlich mehr Menschen als bisher nach Afghanistan zurückzuschicken. Herr Erös, ich danke Ihnen sehr für das Gespräch!

Erös: Ich bedanke mich, alles Gute nach Berlin.



Aus: http://www.deutschlandradiokultur.de/fluechtlingskrise-warum-ausgerechnet-die-afghanen-nach.1008.de.html?dram:article_id=335126